

Interview:

Das Ende der Alternativen?

Prof. Rajni Kothari ist der profilierteste Politikwissenschaftler Indiens. Der Gründer und langjährige Direktor des 'Center for the Study of Developing Societies' an der Jawaharlal Nehru Universität in Neu Delhi hat sich neben der grundlegenden Beschäftigung mit dem für den Subkontinent lange konstitutiven, nun zerfallendem "Congress-System" als ein scharfer Kritiker der zunehmend autoritären Züge der Machtstrukturen auf dem Subkontinent erwiesen. Kotharis Tätigkeiten sind keinesfalls auf den akademischen Bereich beschränkt. Er gilt als einer der ideologischen Wegbereiter der breiten Bewegung von Nichtregierungsorganisationen Indiens und schreibt regelmäßig Kolumnen zu aktuellen politischen Themen in der indischen Presse. Frank Braßel sprach in Neu Delhi mit Prof. Kothari über die Krise des indischen Staates und mögliche Alternativen.

Indien ist an einem Scheideweg angelangt. Das alte 'Congress'-System, das Sie einst beschrieben haben, scheint im Sterben zu liegen. Was könnte seinen Platz einnehmen?

Die 'Congress'-Partei war eine Dach-Partei, die sehr unterschiedliche Kräfte und Interessen vereinigte, so ähnlich wie die Liberale Partei in Japan, die ja nun auch in Schwierigkeiten ist, oder die PRI in Mexico. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß die Kongreßpartei in gewisser Hinsicht den Pluralismus der indischen Gesellschaft widerspiegelte. Verschiedene soziale und religiöse Gemeinschaften, verschiedene Regionen, verschiedene Interessen, linke und rechte Kräfte, alle waren in der Partei vertreten. Und sie wurde von einem in Indien oft genutzten System zusammengehalten: Konsens, dem Konsens über fundamentale

Voraussetzungen in Indien. Das ist nun zusammengebrochen. Es gibt keinen Konsens mehr.

Dieses System ist zwei Angriffen erlegen. Zum einen der Globalisierung und der sogenannten neuen Weltordnung nach dem Ende des kalten Krieges, die versucht, die ganze Welt unter ihre Fittiche zu nehmen. Indien hatte große wirtschaftliche Schwierigkeiten, was zu einem Eingriff durch die Bretton Woods Institutionen führte, aber auch durch die multinationalen Konzerne aus ihrem eigenen Land, japanische, amerikanische Konzerne. Insgesamt erleben wir die Rekolonisierung unserer Wirtschaft. Und das hat ernsthafte Konsequenzen, denn der Konsens, den die Kongreßpartei repräsentierte, beschrieb eine wichtige Rolle für den Staat, mit einem starken öffentlichen Sektor, mit einer entwicklungsorientierten Perspektive.

Die andere Attacke auf das Congress-System ist "Hindutva", der Aufstieg einer neuen Form des Fundamentalismus. Man spricht viel über den islamischen Fundamentalismus oder fundamentalistische Tendenzen in den christlichen Kirchen des Westens, aber es gab nie einen Hindu-Fundamentalismus. Denn Hinduismus war gekennzeichnet durch plurale Strukturen, er verkörperte eine ganze Reihe unterschiedlicher Gruppen, wir hatten kein Konzept des Hinduismus als dominante Religion, all das entwickelt sich nun. Ich nenne es die 'Semitisierung' der indischen Religion, mit einer zentralen Schrift, einem Klerus, einer Doktrin, einer Kirche, all das war bislang fremd für Indien. Doch mit der BJP und ähnlichen Organisationen wie VHP, RSS usw. befindet sich dieser Ansatz nun in der Offensive. Es gab lange einen multireligiösen Konsens in Indien. Wir haben Säkularismus immer anders definiert als in Europa. Es gab ein Recht auf Religion, doch das gleiche Recht für alle Religionen. Es hieß nicht Staat contra Religion, sondern der Staat schützte verschiedene religiöse Glaubensrichtungen und schützte insbesondere die Minderheiten. Die derzeit stattfindende 'Semitisierung' verläuft konträr zu diesem Konzept.

Also sowohl bezüglich der sozioökonomischen Philosophie als auch des kulturell, religiösen Konzepts, das aus der Zeit Mahatma Gandhis stammt, gibt es Störungen des Konsenses in unserer Gesellschaft. Stattdessen gibt es einen hohen Grad an Polarisierung, in religiösen Fragen, bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung, in allen Bereichen.

Was wird das für die zukünftige politische Entwicklung Indiens bedeuten? Ist eine Rekonstruktion der auch integrativen Kongreß-Macht denkbar oder vielmehr eine Machtübernahme durch die BJP? Oder kann sich eine neue Kraft etablieren?

Die Fähigkeit der Kongreßpartei zu überleben, erscheint sehr beschränkt. Sie hat bezüglich der anfangs erwähnten Aspekte Rückschläge erlitten, aber auch bezüglich ihrer Führungsschicht, ihrer Organisationskraft. Sie vermag nicht mehr, die Überzeugung und die Loyalität der Menschen zu gewinnen, wie es zu Gandhis und Nehrus Zeiten gewesen ist.

Was geschehen wird, ist eine sehr offene Frage. Viele glauben, die BJP sei wirklich in der Offensive, sie habe eine spezielle religiöse Ausdruckskraft mit der Tempel-Bewegung, der Zerstörung der Moschee in Ayodhya. Ich habe da meine Zweifel. Die BJP hat meines Erachtens ihren Höhepunkt überschritten. Es gab jüngst eine ernsthafte Umfrage, nach der Ayodhya nicht mehr als wichtigste Frage in der Bevölkerung gesehen wird, sondern auf den dritten Rang abgefallen ist. Korruption wird heute als sehr wichtig gesehen. Ich persönlich glaube, daß die große Masse der Menschen, die wirklich Gläubigen, nicht zur BJP stehen. Ein gewisser Teil der Leute in den Medien, einige Intellektuelle, gewisse Teile der Mit-

telschicht, wie die Händler, haben sich für eine rechtsorientierte Haltung entschieden. Natürlich zieht die BJP Vorteile aus dem Niedergang der Kongreßpartei und aus dem Fehlen einer klaren linksorientierten Alternative. Davon profitiert die BJP nicht nur, weil sie eine rechte Partei ist, sondern auch weil sie eine gut organisierte Partei mit eigenen Kadern ist. Die BJP wird eine starke Partei werden, die Kongreßpartei wird eine andere sein, doch es wird einen stärkeren Wiederaufstieg einer Dritten Kraft geben, mit den beiden kommunistischen Parteien, der Janata Dal, einigen kleineren liberalen Parteien, die sich bemühen, eine Alternative sowohl zur BJP als auch zur Kongreßpartei aufzubauen. Sie werden die nächsten Wahlen nicht gewinnen, aber eine bedeutsame Kraft ausmachen. Mittelfristig wird es keine klare Mehrheit im Bundesparlament geben.

Neben den von Ihnen beschriebenen Angriffen in Gestalt der internationalen Finanzorganisationen und Multis sowie des Hindu-Fundamentalismus gibt es eine dritte Herausforderung, auf die Indien eine Antwort finden muß: Die Einheit Indiens scheint in Gefahr zu sein. Kaschmir, Punjab, der ganze Nordosten drohen wegzubrechen, auch die Forderungen nach einem Adivasi-Staat Jharkhand gehen in diese Richtung.

Hierbei müssen zwei Punkte Erwähnung finden. Indien ist gemäß Verfassung ein föderaler Staat. Die Macht sollte zwischen der Zentrale und den Staaten geteilt sein, wodurch positive Elemente aus den Staaten, den Regionen, entstehen können. Ihr Land oder die USA sind auch föderal organisiert. Die Situation in Indien war so, daß die Kongreßpartei lange sowohl in Delhi als auch in den Bundesstaaten dominant war, daß die föderale Dimension zu wenig entwickelt wurde. Inzwischen sind Oppositionsparteien in den Staaten gewachsen, man muß sich nur erinnern, daß die Kongreßpartei landesweit niemals die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Seit einiger Zeit beobachten wir das Entstehen regionaler Parteien, die nach mehr Rechten für die jeweiligen Bundesstaaten oder Regionen verlangen, um Indien zu einem wirklich föderalen Staat zu machen. Punjab hat damit begonnen. Es ging zu Anfang um Gerechtigkeit für den Punjab, der sehr stark vom Zentrum kontrollierte wurde. Der Punjab lieferte zwei Drittel der Nahrungsreserven. Ausreichend Gerechtigkeit wurde aber nicht gewährt. Es begann ein Problem zwischen Staat und Zentrale. Auch in Kaschmir wollten die Menschen mehr Autonomie.

Doch es gibt einen zweiten sehr wichtigen Punkt, der zu unserer ersten Diskussion zurückkommt. Frau Gandhi hat zu Beginn der 80er Jahre, als sie nach der Janata-Phase wieder an die Macht kam, sehr schnell an Popularität verloren. Sie wendete sich dann gegen die Opposition, indem sie selbst kommunalistisch agierte. Sie verwandelte das Punjab-Problem in ein Hindu-Sikh-Problem. Ähnlich in Kaschmir. Das Selbstverständnis der Leute dort ist weniger am Islam orientiert, es gibt eine kaschmirische Identität, die dem Islam vorausging. Frau Gandhi machte es zu einem Moslem-Hindu-Problem. In gewisser Hinsicht war die Kongreßpartei die erste Partei, die sich des Kommunalismus bediente, und das ist die größte Abkehr vom Konsens der Nehru-Ära, der in erster Linie ein säkularer Konsens war. Indira säte die Keime des Kommunalismus. Die BJP profitiert von dieser Politik der Kongreßpartei.

Wir müssen verstehen, daß es in Indien die Polarisierung entlang ökonomischer Fragen gibt, entlang sozialer und kultureller Fragen, insbesondere in Richtung Kommunalismus und Fundamentalismus, und einen Konflikt um die Regionen. Doch es gibt eine Verknüpfung zwischen all diesen Problemen, von daher unterscheiden sie sich auch nicht so sehr voneinander. Inwiefern die dominanten Parteien, also BJP und Kongreß, auf die kommunalistische, die religiöse Karte setzen, um an der Macht zu bleiben, ist eine sehr wichtige Frage für die Zukunft des indischen Staates.

Je härter ihr Standpunkt zu religiösen oder regionalen Themen, desto gefährdeter also die Einheit Indiens?

Die Einheit Indiens wird es nur auf föderaler Grundlage geben. Man kann keine Einheit von Neu Delhi aus verordnen. So lange es



(Foto: Frank Braßel)

die nationalistische Bewegung gab und den Romantizismus über Antikolonialismus usw. usf., hat das geklappt. Doch Indien ist eine plurale Gesellschaft. Und der Pluralismus ist nicht nur politischer, sondern auch sozialer Art. Ich habe immer gesagt: weil wir eine pluralistische Gesellschaft waren, sind wir eine Demokratie geworden. Anders geht das nicht.

Die Kongreßpartei wollte ihren Willen durchsetzen. Als sie damit scheiterte, hat sie auf die kommunalistische Karte gesetzt, dann kam die BJP auf. Und Sie können heute feststellen, daß die Kongreßpartei von Herrn Rao und die BJP von Herrn Advani nicht sehr unterschiedlich denken. Viele Leute sagen, Ayodhya hätte nicht ohne die Komplizenschaft des Zentrums stattfinden können. Kongreß und BJP sagen, wenn mehr Macht an den Punjab oder Kaschmir gehen wird, wird das Land zerbrechen. Die Realität ist das Gegenteil. Weil sie die Macht nicht stärker geteilt haben, sind diese Bewegungen entstanden.

Sie klagten in Ihren letzten Veröffentlichungen über den Mangel an Visionen, was Sie mit dem Kollaps des sozialistischen Systems in Verbindung gebracht haben. In Europa haben viele linke und unabhängige Kräfte erwartet, der Zusammenbruch des Sozialismus würde eine Last nehmen, daß Visionen und Utopien nun freier gedacht werden können. Woher also dieses Vakuum, dieser Mangel an Visionen gerade jetzt?

Ich habe jüngst einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel "Das Ende der Alternativen", der eine globale Analyse darstellt. Ich traue in keiner Form dem Sozialismus nach, ich bin kein Kommunist oder Sozialist. Was ich [bezüglich der Alternativen und Visio-

nen] meine, ist, daß mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein alternatives Machtzentrum zusammengebrochen ist. Wenn die USA heute problemlos den Golf bombardieren oder die Einmischung in Somalia durchführen können, liegt das daran, daß das sowjetische Veto in der UNO fehlt. Die UNO ist nun unter Kontrolle der USA. Von daher gibt es einen Kollaps einer politischen Alternative, den Kollaps des bipolaren Systems, was auch Raum für die Dritte Welt schafft.

In der Zwischenzeit wird aber der Kapitalismus so mächtig, daß ihm die meisten der Dritte-Welt-Staaten zu Füßen fallen. Sie wollen jetzt alle die Multis im Land haben, Indien und China eingeschlossen. Kuba hält noch stand, aber nicht mehr lange, mit Nicaragua ist es vorbei. Früher gab es ein alternatives Machtzentrum in der Sowjetunion, nach dem antikolonialen Kampf alternative Machtzentren in der Dritten Welt. All das ist zusammengebrochen, darum geht es mir. Keine Alternativen - keine Visionen. Heute gibt es nur eine monolithische Version.

Also das "Ende der Geschichte"? Wären nicht gerade vor diesem Hintergrund neue Alternativen und Visionen zu präsentieren?

Natürlich. Ich sage, eine so hegemoniale Welt ist eine instabile Welt. Für das Überleben von Gesellschaften und Staaten bedarf es alternativer Visionen. Was wir seit 1989 erleben, ist eben der Zusammenbruch dieser Alternativen und Visionen. Jetzt hängt es von den Bewegungen, den alternativen demokratischen Bewegungen ab, neue Ideen zu entwickeln. Sie hatten lange eine gewisse Unterstützung aus den staatlichen Strukturen. Denken Sie an Nyerere aus Tansania, Nehru aus Indien, Nasser aus Ägypten, Tito aus Jugoslawien, die alle ein anderes Weltbild als das heutige monolithische präsentierten.

Wenn es um alternative Bewegungen geht, wird auch in Indien oft die grüne Bewegung als eine solche begriffen. Sie haben sich in jüngster Zeit sehr kritisch dazu geäußert. Warum?

Mein Hauptkritikpunkt ist, daß sich die grüne Bewegung zu sehr in das System hat integrieren lassen. Geld spielt dabei eine wichtige Rolle. Alle grünen Bewegungen, international wie in Indien, erhalten ungeheure Geldsummen, neuerdings auch von der Weltbank. Viele Aktivisten verbringen die meiste Zeit auf internationalen Konferenzen, anstatt sich um die dringenden Probleme vor Ort zu kümmern. Sie setzen dem herrschenden Entwicklungsmodell zu wenig entschiedenen Widerstand entgegen. Diese Kritik ist im übrigen eine Selbstkritik. Ich werde von manchen als ein Vordenker der Nichtregierungsorganisationen in Indien gesehen, habe in der Tat eine solche Arbeit immer propagiert. Was ich in erster Linie kritisiere, ist die apolitische Haltung der grünen Bewegung und anderer NGOs. Alle beziehen sich heute auf Mahatma Gandhi, doch sie folgen seinem Lebensstil nicht und vergessen, daß er eine politische Bewegung anführte und ein anderes, dem westlichen Modell entgegenstehendes Entwicklungskonzept vertrat. Die Narmada Bachao Andolan (NBA) ist in gewisser Hinsicht ein aktuelles positives Modell. Hier widersetzen sich die Aktivisten mit den Adivasis dem herrschenden Entwicklungsmodell in Gestalt eines riesigen Staudammprojekts. Einige Umweltschützer aus den Städten haben sich dem angeschlossen, das ist positiv. Und bei der NBA gibt es ein wichtiges Prinzip: sie akzeptieren kein Geld aus dem Ausland. Selbst die verschiedenen internationalen Preise, die ihnen verliehen wurden, haben sie einer Stiftung, die alternative Entwicklungswege austesten soll, gespendet.

Sie setzen auf die verschiedenen Basisinitiativen, die die sozialen und politischen Grundlagen der indischen Gesellschaft angehen?

Ja, Gruppen wie NBA, die Chattisgarh Mukti Morcha, die Frauenbewegung, nicht der Mittelklasse, sondern die in den Dörfern, die unabhängige Landarbeiterbewegung, die Adivasis, die Bewegung der Dalits, die zunehmend an Gewicht gewinnt. Diese Gruppen müssen sich zusammenschließen und mit den verschiedenen regio-

nalen und ethnischen Bewegungen für ein wahrhaft föderalistisches und demokratisches Indien eintreten. Als erster Schritt wäre ein loser Zusammenschluß denkbar: der sozial Unterdrückten mit den ethnischen und religiösen Minderheiten, die für Selbstbestimmung kämpfen und zum Teil fürchterlichen Attacken unterliegen. Sie zusammen repräsentieren den größten Teil der Bevölkerung, und ihren Kampf sollten die Umweltbewegung und die anderen Nichtregierungsorganisationen unterstützen, sie sollten ein Teil einer größeren Bewegung werden. Hierbei spielen natürlich auch die Kämpfe gegen multinationale Konzerne wie gegen Cargill oder gegen Coca Cola, wofür sich Personen wie George Fernandes engagieren, eine wichtige Rolle (siehe dazu auch 'Südasiens', 8/93). Wenn es eine demokratische Belebung Indiens geben wird, wird sie nicht von den Parteien ausgehen. In jeder Krise waren es stattdessen die Parteien selbst, die die Gewalt gegen Sikhs oder gegen Kastenlose losgetreten haben, um damit Wählerstimmen zu gewinnen. Deshalb sollte sich das anzustrebende Netzwerk der Basisinitiativen nicht in Gestalt einer Partei organisieren. Individuen aus den Parteien sollten stattdessen zur Mitarbeit gewonnen werden. Welche Gestalt ein solches Bündnis auf lange Sicht annehmen sollte, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

Ihre Skepsis gilt auch gegenüber den in Indien starken kommunistischen Parteien?

Die großen kommunistischen Parteien wie die CPI(M) sind zu sehr Teil des Establishments, sie haben keinen Kontakt zur revolutionären Bewegung. Wenn sie an der Macht sind, tendieren sie dazu, ebenso oppressiv zu sein wie die Kongreßpartei. Im Kampf gegen Hindutva gibt es allerdings eine Möglichkeit - und auch eine Notwendigkeit -, mit den KPs zusammenzugehen.

Anders ist das mit den Naxaliten, die mit Ausnahme der People's War Group nicht mehr ausschließlich auf Polarisierung und Gewalt setzen. Andere ML-Gruppen wie beispielsweise die Indian People's Front (IPF) haben sich dem legalen Kampf geöffnet, organisieren militante Landlosenbewegungen, kandidieren bei Wahlen. Das ist ein positiver Prozeß. IPF und andere radikale Gruppen unterstützen heute auch die Bewegung an der Narmada. Zwischen diesen Bewegungen ist ein vermehrter Dialog nötig und wichtig.

Indien steht vor vielen Herausforderungen und Problemen. Gerade zu den Auseinandersetzungen um Narmada haben sich viele Gruppen aus dem Ausland engagiert. Ist eine solche Intervention gerechtfertigt?

Keine Frage. Insbesondere bei Narmada, wo mit der Weltbank das internationale Kapital involviert ist. Hier ist internationaler Protest selbstverständlich. Natürlich kritisiert die Regierung dies als ausländische Einmischung. Aber was soll das bedeuten bei einer Regierung, die sich selbst vollständig an das Ausland verkauft hat. Narmada hat - ob der Damm nun zu verhindern ist oder nicht - ein Beispiel gesetzt, wie internationale Kooperation von alternativen Bewegungen funktionieren kann. Man hat sich der Strukturen und der Politik der Weltbank selbst bedient. Und dies wird Auswirkungen auf die gesamte Weltbank-Politik selbst haben. Doch auch ohne Beteiligung der Weltbank ist bei derart grundlegenden Fragen wie Großprojekten und Menschenrechtsverletzungen die internationale Gemeinschaft gefordert. Das sind keine nationale Fragen, das geht die gesamte Menschheit an.

Auch die Regierungen der Industrieländer intervenieren bei solchen Fragen immer stärker. Beispielsweise verknüpft das deutsche Entwicklungshilfeministerium seine Mittelvergabe mit der Menschenrechtssituation. Wie stehen Sie dazu?

Nein, die Kritik damit zu verbinden, ist abzulehnen. Die westlichen Regierungen unterstützen so viele Regierungen in der Dritten Welt, die nicht sonderlich demokratisch sind, daß diese Verknüpfung unstatthaft ist. Natürlich ist es gut, wenn westliche Regierungen Indien wegen seiner Kaschmir-Politik kritisieren. Aber diese Form der Intervention durch Entwicklungshilfe oder gar militärischer Art lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Pax Americana.